

Wossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postschek-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,25 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 12 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. - Nr 1000

SONNTAG, 28. FEBRUAR 1932

MORGEN-AUSGABE

Washington sanktionsbereit

Gemeinsamer Wirtschaftsdruck auf Japan

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
NEW YORK, 27. FEBRUAR

Aus einer offiziellen Quelle in Washington meldet die United Press, daß die amerikanische Regierung sich einem Vorschlag gegen Japan anschließen würde, falls die außerordentliche Reichsversammlung am 3. März weitestgehende Sanktionen unter Artikel 16 des Völkerbundesstatuts gegen Japan beschließen sollte. Die amerikanische Regierung wolle zwar keinesfalls die Initiative zu einem solchen Schritt ergreifen, sei aber nach eingehender Beratung im Kabinett und verschiedener Auktorsprachen Einigungen mit seinen Verbündeten einschließlich, einem eventuellen Boykottschluß sich anzuschließen.

Die amerikanische Regierung nimmt jedoch nicht an, daß der Völkerbund Artikel 16 gegen Japan anwenden wird. Unterirdische Kreise in Washington sehen vielmehr die Hoffnung, daß die Stunde reif für erfolgreiche Friedensverhandlungen zwischen China und Japan ist und rechnen damit, daß Frankreich und England sich energischer für eine Beilegung des Konflikts einsetzen werden.

Dieser Beschluß der amerikanischen Regierung kommt sehr überaus angelegentlich der peinlich revidierten Haltung, die besonders in der letzten Zeit gegenüber Japan beobachtet wurde. So hatte Washington sich noch vor kurzem bedauert, daß es sich bei der außerordentlichen Tagung des Völkerbundes nicht vertreten lassen sollte.

Die Handlung in Washington gibt der Genfer Versammlung am 3. März ein ganz neues Gesicht, denn alle wirtschaftlichen

Drummittel auf Japan müßten verlagern, wenn die Aktivierung der Bereinigten Staaten nicht geachtet ist. Wenn nun Washington sich jetzt zu neuer außenpolitischer Aktivität im sinesisch-japanischen Konflikt entschließt, so ist die Vermutung nahelegend, daß sehr eingehende Informationen aus Tokio den Entschluß und den Zeitpunkt seiner Bekanntgabe beeinflusst haben. Für die japanische Regierung stehen heute schon die Kosten des sinesischen Krieges in keinem Verhältnis zu dem möglichen Erfolge, und auch die Opfer um das militärische Prestige finden ihre Grenzen in der wirtschaftlichen Vernunft. Sie zu härten gegenüber dem nationalstiftenden Verbündeten der japanischen Generalität muß die Aufgabe des Völkerbundes sein, für den der Weg militärischer Intervention ja praktisch nicht in Frage kommt.

Kiangnan in japanischer Hand

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
LONDON, 27. FEBRUAR

In der internationalen Niederlassung in Schanghai sind heute 15.000 Mann japanische Truppen zur Verhaftung gelangt worden. Sie haben unweit der Mündung des Waichang nach der Front angetreten.

Das Betreten des Konzeptionsgebietes durch japanische Truppen steht im Widerspruch zu der Erklärung des japanischen Botschafters in China, Shigemitsu, der den Vertretern der Engländer, Franzosen, Amerikaner und Briten versichert hatte, daß die Truppen jenseits Schanghai und Waihung an Land gebracht werden sollten.

Das Ergebnis der heutigen Rämpfe ist die Einnahme von Kiangnan am durch die Japaner.

Japan marschiert

Von
GRAF CARLO SFORZA

Der frühere italienische Minister Graf Carlo Sforza, einer der besten europäischen Kenner Ostasiens, stellt der „Vossischen Zeitung“ die folgenden Aufzeichnungen über den chinesisch-japanischen Konflikt zur Verfügung. In seinem weiteren Aufsatz, den wir in den nächsten Tagen veröffentlichen, nimmt Graf Sforza kritisch zu dem Vorgehen Japans Stellung.

BRUESSSEL, 10. FEBRUAR

Nicht weit ist aus einer freibleibigen europäischen Hauptstadt schreibe, wo die Schiffe von Schanghai in der niedrigen Jangtse einen Telegramm wiederfinden, wie es mir schwer, etwas Genaueres über den schließlichen Ausgang des sinesisch-japanischen Konfliktes zu sagen. Ich würde mir ebenso große Zurückhaltung auferlegen müssen, wenn ich in einem der freibleibigen Gestaltbildungsgebäude in Peking säße, einige hundert Meter entfernt von den schwärzigen gelben Dächern der „Verbotenen Stadt“. Schreibe ich in China selbst, so würde es mir noch viel heutzutage sein, daß die gesamten Wirren in Ostasien einen ersten Anlauf gehabt haben, den alle Welt vergißt: der große Krieg von 1914 erischen den Orientalen als ein schrecklicher Bürgerkrieg zwischen Europäern. Ich habe diese Worte wahrer wie gefährliche Feststellung damals in China selbst machen können. Heute ziehen die Japaner die Folgerungen aus dieser Auffassung, sie führen sich in ihrer Bewegungsfreiheit umgehört. Aber so leicht es ist, die europäische Ohnmacht festzuhalten, so schwer ist es, den Werdegang des japanischen Vorgehens zu verstehen. Wenn man, wie ich, in jenen wirren und widersprüchlichen Gebieten Japans des Glanzes der Manchu-Begleitung gemessen ist, kann bei man gelernt, niemals wieder den Versuch zu machen, die Entwidlung der asiatischen Geschicke mit der kläglichen Logik unter meridianen Mentalität zu beurteilen.

Dennoch wage ich es, zu behaupten, daß trotz den Legenden, die über den japanischen Aufbruch und die unermessliche Ergebnisse der Japaner gegenüber dem Aufstand umlaufen, ich in den letzten Jahren im Reich der gelben Sonne eine tiefgreifende Umwandlung im demokratischen Sinne zeugt. Wir wären im Unrecht, wenn wir die augenblicklichen Ereignisse in Schanghai und selbst die Volksaufregung in Tokio, die wir im Film sehen, als Beweis dafür nähmen, daß Japan ganz und gar ein kriegerisches Gebilde ist. Das war der Fall im Jahre 1904, während des Krieges gegen Rußland, denn heute ist das nicht mehr wahr. Der Umschwung der Wahlen zugunsten der Kriegspartei beweist nichts gegen meine Behauptung. Sie ist zweifellos eine Augenbilderschiebung. Man könnte fragen, daß, wenn es eine Volksmasse gibt, die wirklich die wirtschaftliche Rückbildung der Kräfte — und auch der „Gegensatz“ befreit hat, so ist es die japanische. Aber nicht die Welt, abgesehen von den wenigen „Noten“, die nicht zählen, für eine energische Verteidigung der wirtschaftlichen Vorteile und Rechte, die Japan in der Manchurischen — in schweren Opfern im Krieg gegen das zaristische Rußland errienen hat. Aber die Japaner, die genau wissen, wie schwierig es für sie ist, sich außerhalb ihrer Inseln auszubreiten, wünschen zu gleicher Zeit den Frieden und die freundschaftliche Entwidlung ihrer Beziehungen zu China, ihren Haupt-ahmer.

Ich war noch einmal vor drei Jahren in der Manchurien, bevor ich mich Auf der China herausgab. Ich habe bei jeder Gelegenheit wiederum feststellen können, wie wenig das Land für die japanische Einwirkung geeignet ist und wie sehr die Kaufleute und Einzelhändler Japans, die in Schanghai und anderswo sich niedergelassen hatten, begreifen, daß der Erfolg ihrer Geschäfte notwendig die guten Beziehungen zu den 20 Millionen Chinesen, die in der Manchurien leben, als Grundlage hat.

Der Wunsch, die Manchurien zu „kolonisieren“, führte zu einem Schlagwort, das in Japan nur zwei oder drei Jahre nach dem Sieg über die Russen Geltung hatte. Denn selbst in der Politik wiegen einige Jahre bitterer Erfahrungen schwerer als die schönsten Volkserden.

Trotz zwanzigjähriger Privilegien und anderer Bevorzugung ist die Zahl der Japaner in der ganzen Manchurien — einem Lande, das fast so groß ist wie Deutschland und Italien zusammen — noch nicht unter 200.000, während die Chinesen allein in der schmalen Zone, die die süd-

Janius kündigt neue Gewaltmaßnahmen an

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
KOWNO, 27. FEBRUAR

In einer großen Versammlung im Rumowen Staatsrat antwortete heute gegen Abend der litauische Außenminister Janiuis auf die Ausführungen des Reichstagners Weining über den Memel-Konflikt im Reichstag. „Repressalien, die der Reichstagners Weining in seiner Reichstagsrede erwähnte, können nur angenommen werden“, so erklärte Janiuis, „wenn Staaten ihre zweiseitigen Verträge nicht erfüllen. Dem litauischen Reichstagners Weining kommt dieser Fall nicht in Frage. Schon im Mai habe ich es für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß wir ein Direktorium zu bilden beabsichtigen, das das Vertrauen des Landtages genießt. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir auch nicht einen Augenblick zögern, den Landtag des Reichstagners Weining aus-

zu schließen. Der Gouverneur kann nur eine solche Person ernennen, zu der er Vertrauen hat. Dieses Recht hindert nicht, mit den Memel-parteien zu unterhandeln.“

Janiuis verliert dann die bekannte deutsche Feststellung zu widerlegen, daß das Memel-Objekt zu 75 v. H. deutsch wäre. „Wir haben nach guten Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage veränderter Verträge, aber was die Ermüdung der Vergangenheit betrifft, so könnte uns jeder andere, aber nur nicht Deutschland an die Vergangenheit erinnern.“

Wir haben volles Verständnis dafür, daß der Heidelberger Reichstagners Weining und frühere preussische Minister Janiuis nicht an die Vergangenheit erinnert werden möchte. Gleichwohl ist und bleibt das Memel-Land deutsch, und die Antikörper neuer Gewaltmaßnahmen macht es den Signatarmächten des Memelstatuts zur bringenden Pflicht, so schnell wie möglich eine Entscheidung des saueren Gerichts über das litauische Vorgehen herbeizuführen.

Sichere dein Wahlrecht!

Die Listen liegen ab Donnerstag aus

Zur Reichspräsidentenwahl sind nur die Reichsangehörigen zu lassen, die in einer Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen sind. Listen und Karteien werden von den Gemeindegewaltigen geführt, in der der Stimmberechtigten keinen Wohnsitz hat; sie werden am Donnerstag, dem 3. März, Sonntag, dem 6. März, bei den Gemeindegewaltigen ausgelegt. Es ist Pflicht eines jeden Staatsbürgers, die Listen während der Auslegungzeit einzusehen oder durch eine zuverlässige Vertrauensperson einsehen zu lassen. Geht sein Name, so muß er dies sofort der Gemeindegewaltigen mitteilen. Eintragung in die Wählerliste ist auch Voraussetzung für die Anstellung von Wahlhelfern, für lokale Wähler und Wählerinnen, die sich am Wahltag aufstellen.

Bei der großen Arbeit, die die Anlegung der Wählerlisten für die Gemeinden bedeutet und den zahlreichen Wohnungswohnungen sind Versehen bei Anlegung und Fortführung der Listen nicht

ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen, werden durch Plakate oder in den Tagesausgaben bekannt gemacht.

Pommersche Bauern für Hindenburg

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
STETTIN, 27. FEBRUAR

Die größte republikanische Bauernorganisation Pommerns, der Pommersche Bauern- und Wirtschaftsbund, hielt in Stettin eine sehr gut besuchte Bundestagung ab, auf der noch einmal Befest des gefühlsfähigen Vorsitzenden Walter (Stelp) mit einer Entschuldig gegen die Benachteiligung der kleinen Landwirte durch die Agrarpolitik des Ernährungsministers Schiele protestiert wurde. Gefordert wurde u. a. eine härtere Förderung der landwirtschaftlichen Umstellung auf Qualitäts-erzeugnisse. Die Tagung liegt in einem Erkenntnis zum Reichspräsidenten von Hindenburg aus.